



## **Sportausschuss**

### **2. Sitzung (öffentlich)**

25. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |              |  |              |
|--------------|--|--------------|
| <b>1</b>     | <b>Einführung in die Sportpolitik in der 18. Legislaturperiode</b>   | <b>3</b>     |
|              | Bericht<br>der Landesregierung<br>Vorlage 18/217   |              |
|              | – Wortbeiträge   |              |
| <br><b>2</b> | <br><b>Nein zum Energie-Lockdown: Hallenbäder dürfen nicht zum Opfer einer verfehlten Energiepolitik werden!</b>                             | <br><b>8</b> |
|              | Antrag<br>der Fraktion der AfD<br>Drucksache 18/985  |              |
|              | – Wortbeiträge   |              |
|              | Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. |              |

Sportausschuss

25.10.2022

2. Sitzung (öffentlich)

exn

**3 Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]*) **10**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/268

– keine Wortbeiträge

**4 Verschiedenes** **11**

**a) Terminplanung** **11**

Der Ausschuss kommt überein, den für den 14. November 2023 beschlossenen Sitzungstermin auf den 7. November 2023 vorzuziehen.

**b) Ausschussreise** **11**

\* \* \*

## 1 Einführung in die Sportpolitik in der 18. Legislaturperiode

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/217

**Tülay Durdu (SPD)** bewertet die grundsätzliche Ausrichtung der sportpolitischen Ziele der Landesregierung positiv. Das Ansinnen, in die Sportlandschaft und in Sportstätten zu investieren, die Selbstverwaltung des Sports zu professionalisieren und ihr Planungssicherheit zu verschaffen sowie die Kinder- und Jugendförderung zu stärken, teile sie. Sie begrüße des Weiteren die Pläne für einen Tarifvertrag für Trainerinnen und Trainer sowie für die Weiterentwicklung des Aktionsplans „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“. Auch sei sie gespannt darauf, welche Konzepte die Landesregierung zur dringend benötigten Behebung des Übungsleitermangels vorlegen werde.

Zwar wolle die Landesregierung das Programm „Moderne Sportstätten“ grundsätzlich fortführen, jedoch treffe sie keine konkreten Aussagen über den weiteren Fortgang. Zunächst solle es evaluiert werden, wann und wie es danach weitergehe, bleibe aber unklar. Viele Sportstätten befänden sich weiterhin in schlechtem Zustand. Die Sportvereine benötigten eine klare Perspektive, um planen zu können.

Die Erfahrungen im Zuge der Coronapandemie hätten deutlich gemacht, wie wichtig Sport und Bewegung für die körperliche und psychische Gesundheit seien. Auf die Förderung des Jugendsports einen Schwerpunkt zu setzen, sei daher richtig, die Ausgestaltung bleibe aber vage.

Die größte Herausforderung für den Sport und die Sportstrukturen stelle aktuell der Umgang mit der akuten Energiekrise und den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine dar. Diese neue Krise falle in einen Zeitraum, in dem der Sport sowie dessen vorwiegend gemeinnützigen und ehrenamtlichen Strukturen sich noch von den Auswirkungen der Coronapandemie erholten. Konkrete Antworten gebe die Landesregierung hier noch nicht. Die SPD stehe zur Bewältigung dieser Aufgabe kritisch-konstruktiv zur Seite.

**Christof Rasche (FDP)** stellt voran, alle Ausschussmitglieder verbinde die Anerkennung des hohen Stellenwerts des Sports für NRW und die Gesellschaft. 4 Millionen Menschen engagierten sich in etwa 18.000 Vereinen. Sport sei sozial wichtig, und es werde wertvolle Arbeit bezüglich Fitness, Gesundheit, Integration und Inklusion für Jung und Alt geleistet. Die FDP werbe dafür, dass der Ausschuss sich möglichst geschlossen für die Stärkung des Sports einsetze. Vorschläge aus dem Sportausschuss könnten auch auf andere Politikbereiche ausstrahlen und so dem Sport zu einem noch höheren Stellenwert verhelfen.

Fünf Aspekte hätten ihm in der kleinen Regierungserklärung gefehlt.

Erstens fehle die allseits gewünschte Nachfolge des Programms „Moderne Sportstätte“. Er hoffe, dazu Konkretes im Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr zu finden, noch fehlten aber klare Aussagen.

Sportausschuss

25.10.2022

2. Sitzung (öffentlich)

exn

Zweitens. Die Energiekrise belaste die Sportvereine enorm. Hier brauche es Unterstützung, möglicherweise in Form eines Rettungsschirms ähnlich demjenigen zur Coronapandemie.

Drittens. Etwa 500.000 Menschen engagierten sich im Sport ehrenamtlich, jedoch entwickle sich diese Zahl deutlich rückläufig; der Landessportbund gebe ein Minus von 20 % an. Für das Ehrenamt müsse daher mehr getan werden. Die Übungsleiterpauschale betrage aktuell 7,5 Millionen Euro, sei in der Vergangenheit aber mit 12 Millionen Euro schon einmal deutlich höher ausgefallen. Er plädiere für eine deutliche Anhebung dieser Pauschale für die etwa 80.000 aktiven Übungsleiter im nächsten Haushalt.

Viertens. Er erinnere an die Äußerung des Ministerpräsidenten während der Regierungserklärung, dass jedes Kind in der Grundschule Schwimmen lernen solle. Um dies leisten zu können, seien dringend Investitionen im Rahmen eines Sonderprogramms zur Sanierung und Erschließung von Schwimmflächen nötig.

Fünftens. Die FDP spreche sich dafür aus, dass das Parlament und die Landesregierung sich weiterhin für die Ausrichtung Olympischer Spiele einsetzen. In diesem Kontext irritierten ihn zwei Aussagen der Staatssekretärin. Zum einen habe sie angeführt, dass gute Sportpolitik auch ohne Olympische Spiele funktioniere, und zum anderen darauf verwiesen, dass zunächst der DOSB entscheiden müsse, ob er sich bewerben wolle. Die bestehenden Bewerbungspläne seien seiner Auffassung nach ökonomisch und ökologisch nachhaltig und sinnvoll und müssten nicht grundsätzlich hinterfragt werden. Der DOSB brauche ein Signal, dass die Politik weiterhin hinter einer Bewerbung stehe.

Abschließend interessiere ihn, wann, wie zu Beginn der Legislaturperiode üblich, eine Zielvereinbarung für den Sport in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen werden solle.

**Hedwig Tarner (GRÜNE)** betont, zwei Jahre Coronapandemie hätten den Sport schwer getroffen. Zahlreiche Menschen hätten den Kontakt zu Sportvereinen verloren. Es gelte, insbesondere Kinder und Jugendliche dazu zu bringen, sich zu bewegen. Dazu müsse die Sportpolitik mit Kommunen, Sportvereinen sowie den Ressorts für Städtebau, Familien, Schule und Gesundheit zusammenarbeiten. Insbesondere müsse jedes Kind in Nordrhein-Westfalen Schwimmen lernen. Um dies zu erreichen, müssten kreative und unkonventionelle Maßnahmen gefunden werden.

Es gelte, Übungsgruppenleiterinnen und -leiter sowie Trainerinnen und Trainer, die sich während der Pandemie beruflich umorientiert hätten, durch Ausbildung und angemessene Bezahlung zurückzugewinnen, die Mammutaufgabe des Erhalts der Sportstätten zu stemmen sowie den nicht vereinsgebundenen Sport durch gute Lauf- und Radfahrstrecken, Sportgeräte in Parks und eine bewegungsfreundliche Stadtgestaltung zu stärken.

Auf die Coronapandemie folgten nun die mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängenden Herausforderungen. Die Folgen ließen sich aktuell noch kaum abschätzen, erforderten aber zweifellos viele schwierige Entscheidungen in den nächsten Monaten. Sie hoffe in dieser Hinsicht auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss.

Sportausschuss

25.10.2022

2. Sitzung (öffentlich)

exn

Die bisherigen Wortbeiträge zeigten, dass ein guter Umgang miteinander den Sportausschuss auszeichne, so **Jens-Peter Nettekoven (CDU)**. Bezüglich des Programms „Moderne Sportstätten“ sei bekannt, dass die darüber zuletzt bereitgestellten 300 Millionen Euro den Vereinen sehr geholfen hätten. Er weise in diesem Kontext darauf hin, dass die zusätzliche Sportstättenförderung des Bundes entgegen der ursprünglichen Planung nicht bis 2024 fortgeführt werde, sondern in diesem Jahr bereits auslaufe. Noch im letzten Jahr habe der Bund seines Wissens 75 Millionen Euro beigesteuert.

Bei vielen der in der kleinen Regierungserklärung genannten Aspekte wie der Energiekrise oder der Problematik fehlender Schwimmflächen erhoffe er sich eine möglichst schnelle Umsetzung. Insbesondere bezüglich der Energiekrise gelte es, auf die Ministerpräsidentenkonferenz einzuwirken, die bereits signalisiere, den Sport berücksichtigen zu wollen. Sportvereine, Bäder, Hallenbetreiber etc. benötigten eine Auskunft darüber, wie Preisdeckelungen gestaltet werden sollten.

Der Sport zeichne sich durch das Miteinander aus. So spielten Sportstätten auch eine wichtige Rolle bei der Integration von Flüchtlingen. Er hoffe, dass die in der kleinen Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag angekündigten Ziele trotz der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine umgesetzt werden könnten, sodass es nicht wieder zu Einschränkungen wie in der Coronazeit komme. Für manche Sportarten könnten weitere Einschränkungen – er erinnere an die Maskenpflicht – existenzbedrohlich sein.

**Andreas Keith (AfD)** pflichtet bei, dass die Sportpolitik vor riesigen Herausforderungen stehe, er wolle dies allerdings nicht allein auf den barbarischen Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine zurückführen. Er weise auch auf die Auswirkungen der Geschehnisse rund um die Fußball-WM in Katar, die Unterdrückung der Uiguren in China, die im Nachgang der Olympischen Winterspiele in Peking thematisiert worden sei, sowie mögliche Vorbereitungen eines Angriffs Chinas auf Taiwan hin. Abseits der finanziellen Herausforderungen dieser Zeit könnte sich der Landtag auch dazu positionieren. In der kommenden Plenarwoche stellten die regierungstragenden Fraktionen gemeinsam mit SPD und FDP einen Antrag zur Solidarisierung mit der Frauenbewegung in Iran. Auch das habe nicht unmittelbar etwas mit der Politik in Nordrhein-Westfalen zu tun. Genauso könnte man sich zu den Vorgängen in Katar oder China verhalten und überlegen, auf welche Weise Druck ausgeübt werden könne.

Die kleine Regierungserklärung für den Sport reihe sich leider in viele andere Regierungserklärungen ein, die er bislang gehört habe. Es werde viel gesagt, aber wenig Konkretes, mit Zahlen Unterlegtes. Insbesondere fehle ihm ein Konzept zur angekündigten Stärkung des individuellen Sports. Auch hinsichtlich der Bewerbung um Olympische Spiele fehlten ihm klare Aussagen, gerade vor dem Hintergrund der Missverständnisse zwischen Landesregierung, DOSB und der Initiative Rhein Ruhr City und deren Initiator Michael Mronz bei der ersten Bewerbung.

Große Probleme bereite dem Sport der Übungsleitermangel. Dies treffe vor allem auf das Schwimmen zu. Man könne es mit dem Fachkräftemangel an Flughäfen vergleichen: In der Coronazeit seien viele Fachkräfte entlassen worden, die nun, nach der Krise, fehlten. Überlegungen, Schwimmbäder aufgrund der Gasmangellage zu schließen, verstärkten diese Problematik, da viele Übungsleiter sich dann umorientierten.

Sportausschuss

25.10.2022

2. Sitzung (öffentlich)

exn

Auch zu dieser Thematik hätte er sich in der kleinen Regierungserklärung mehr Informationen gewünscht.

**StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)** fasst zusammen, insbesondere das Programm „Moderne Sportstätten“ sowie die Energiethematik beschäftigten den Ausschuss besonders.

Für „Moderne Sportstätten“ stehe zunächst eine Evaluierung an, da die im Rahmen des Programms bereitgestellten 300 Millionen Euro durch 54 Kreis- und Stadtsportbünde in jeweils eigenständiger Priorisierung verausgabt worden seien. Ein Folgeprogramm werde sicherlich nicht identisch ausfallen, sondern müsse auf den Erkenntnissen aus dem bisherigen Programm aufbauen. Bislang seien nur etwa 100 Millionen Euro, also ein Drittel, endabgerechnet worden, sodass bislang noch kein abschließendes Fazit gezogen werden könne. Das Programm nicht evaluiert fortzusetzen, käme daher einem Blindflug gleich.

Hinsichtlich des Umgangs mit der Energieproblematik stelle es einen Streitpunkt dar, ob die Länder es alleine stemmen müssten oder der Bund unterstütze. Die MPK berate darüber. Zunächst müsse man abwarten, wie der grundsätzliche Beschluss, den Sport zu berücksichtigen, am 2. November konkretisiert werde. Erst dann ließen sich Wirkungen abschätzen und weitere Bedarfe ermitteln. Klar sei aber, dass Akteure wie DOSB und LSB sich bereits jetzt Gedanken machten und auch bei den Vereinen eine große Bereitschaft bestehe, das Ziel zu erreichen, 20 % des Energieverbrauchs einzusparen. Während der Coronazeit habe kein Verein Insolvenz anmelden müssen. Ob dies auch jetzt gelinge, wisse niemand. Sie sage aber zu, genau hinzuschauen und dafür zu sorgen, dass der Sport nicht vergessen werde.

Hinsichtlich der Anmerkungen der FDP zum Ehrenamt verweise sie auf die Sitzung des Hauptausschusses am kommenden Donnerstag, da das Ehrenamt dort angesiedelt sei. Dort stehe ebenfalls die kleine Regierungserklärung an. Sie verrate aber kein Geheimnis, wenn sie schon hier mitteile, dass die mit viel Geld hinterlegte Engagementstrategie einiges voranbringen solle, um möglichst allen Vereinen in NRW – insgesamt handle es sich inklusive der 18.000 Sportvereine um 120.000 Vereine – zu helfen, die überall vorherrschenden und auch auf die Coronapandemie zurückzuführenden Nachwuchssorgen zu bewältigen.

In der Frage der Unterlegung der Übungsleitoffensive gelte es, die Steuerschätzung abzuwarten. Sie hoffe, dass die Daten besser ausfielen als bisher angenommen. Sobald diese Zahlen sowie die MPK-Beschlüsse vorlägen, könnten die Möglichkeiten eingeschätzt werden. Sie teile aber die Auffassung, dass der Übungsleitermangel mittlerweile eklatante Ausmaße annehme. Dafür gebe es viele Gründe, die sie individuell nachvollziehen könne. Darauf müssten möglichst schnell Antworten gefunden werden.

In Sachen „Schwimmflächen“ weise sie darauf hin, dass deren Unterhalt fast ausschließlich Aufgabe der Kommunen sei. Der Haushaltsentwurf des MHKBD liege ihr noch nicht vor, sodass sie zur Berücksichtigung des Themas im Haushalt keine Aussage machen könne. Die Staatskanzlei plane aber, wie in der kleinen Regierungserklärung angesprochen, ein Programm, in dessen Rahmen Schwimmcontainer gefördert werden sollten.

Bezüglich der Olympiabewerbung wolle sie ihre Einschätzung, dass gute Sportpolitik auch ohne Bewerbung funktioniere und zunächst der DOSB Stellung nehmen müsse, nicht falsch verstanden wissen. Sie stehe dazu, Olympia in NRW zu wollen, und sei weiterhin überzeugt von „Olympia Rhein-Ruhr“. Der DOSB habe festgelegt, bei seiner Mitgliederversammlung Anfang Dezember die Bedingungen für eine Bewerbung festzulegen, und dem wolle sie nicht vorgreifen. Letztendlich entscheide der organisierte Sport, ob und wie eine Bewerbung angestrebt werde. Sie könne sich nicht vorstellen, dass das Parlament einer Bewerbung vorab zustimmen würde, ohne diese Kriterien zu kennen.

Sie weise überdies darauf hin, dass es bislang nie zu einer Bewerbung gekommen sei. Weder habe der DOSB damals den Bund aufgefordert, eine Bewerbung für 2032 abzugeben, noch sei eine Bewerbung beim IOC eingegangen. Private Initiativen hätten eine Bewerbung befürwortet, noch vor einer etwaigen Bewerbung für Olympia 2032 sei aber schon Brisbane der Zuschlag erteilt worden.

Die Zielvereinbarung für den Sport solle am Samstag nach Karneval im Rahmen der Mitgliederversammlung des Landessportbundes unterzeichnet werden. Darin werde es auch um die Förderung des individuellen Sports gehen. Erstmals werde die Zielvereinbarung im Einvernehmen mit dem Landessportbund nicht mit diesem selbst, sondern mit dem Sport insgesamt geschlossen. Der LSB verstehe sich als Mittler zwischen den organisierten Wettbewerbern im Sport und den nicht organisierten Sporttreibenden. So sollten alle Sporttreibenden berücksichtigt werden.

## 2 **Nein zum Energie-Lockdown: Hallenbäder dürfen nicht zum Opfer einer verfehlten Energiepolitik werden!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/985

*(Überweisung an den Sportausschuss zur alleinigen Befassung  
am 28. September 2022)*

**Andreas Keith (AfD)** führt an, für 2022 seien bereits 289 Badetote zu beklagen – 44 mehr als im Vorjahreszeitraum und fast so viele wie im gesamten Jahr 2021, als 299 Menschen beim Baden gestorben seien. Die DLRG registriere mit 54 die meisten tödlichen Badeunfälle in Bayern, auf Nordrhein-Westfalen entfielen 44 und damit 26 mehr als im Vorjahr.

Im Landtag werde viel über den Fachkräftemangel und die Energiekrise gesprochen, nicht aber über diese Vorgänge. Es gelte, die Ausbildung von Rettungsschwimmern sicherzustellen und deren Anzahl von bundesweit ca. 2.500 aufrechtzuerhalten. Darüber hätte man mit der DLRG sprechen können oder sogar müssen, offenbar bestehe daran im übrigen Ausschuss aber kein Interesse, da dieser die von der AfD-Fraktion beantragte Einladung von DLRG und Bäderallianz abgelehnt habe.

In den Bäderbetrieben fehlten bundesweit 2.500 Fachkräfte, was im Sommer zu Schließungen etlicher Freibäder geführt habe. Der Beruf müsse wieder attraktiv werden. Außerdem müsse diskutiert werden, wie Energie sinnvoll gespart werden könne, um den Bäderbetrieb aufrechtzuerhalten und zukunftssicher zu gestalten. Dazu zähle auch, welche Angebote den Kommunen gemacht werden könnten, um den Renovierungstau abzuarbeiten und den Betrieb von Bädern attraktiv zu machen. Gegebenenfalls brauche es eine Neuausrichtung der Schwimmstätteninfrastruktur.

Die Bäderallianz habe bereits Antworten auf diese Fragen gegeben, die in dem beantragten Gespräch mit Fachläuten hätten diskutiert werden können, um das Schlimmste zu verhindern. Die anderen Fraktionen hätten jedoch die Berichterstattung der Verbände verhindert. Das durch Jens Nettekoven beschworene Fairplay im Miteinander des Ausschusses sehe er hier erheblich verletzt

Ihm tue es leid um die Menschen, für die Schwimmen und Schwimmen zu lernen weit mehr bedeuteten als den übrigen Fraktionen die Befriedigung, der AfD den Wunsch nach einer Berichterstattung der Verbände zu verwehren. Für viele Kinder könnte die Schwimmfähigkeit überlebenswichtig sein. Auch stärke der Schwimmsport im Verein oder das Engagement bei der DLRG den sozialen Zusammenhalt. Es sei schade für den Sport und die Arbeit im Ausschuss, wenn anstelle des sonst beschworenen Miteinanders – er gehöre dem Ausschuss seit fünf Jahren an – nun parteiinterne Profilierung und parteipolitische Vorgaben den Vorzug erhielten. Er sei fest davon überzeugt, dass die Berichterstattung der DLRG und der Bäderallianz einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Schwimmbäder hätte leisten können.



Im Antrag würden die aktuellen Herausforderungen aufgegriffen und Möglichkeiten angeboten, sie zu meistern. Allerdings handle es sich wohl um einen Irrglauben in der Bevölkerung, anzunehmen, dass Anträge diskutiert und die besten Ideen daraus zum Wohle der Menschen verwertet und ergänzt würden.

Der Antrag könnte einen Startpunkt für eine solche Diskussion bieten; im Sinne derjenigen, die gerne schwimmen. Dazu hätte es seiner Auffassung nach weiterer Fachexpertise bedurft. Selbst wenn die übrigen Fraktionen dem Antrag nicht zustimmen wollten, hätten sie mit der Durchführung eines Fachgesprächs zumindest signalisieren können, dass ihnen etwas an dem Thema liege. Gegebenenfalls hätten sie dann zu einem späteren Zeitpunkt einen eigenen Antrag stellen können, in welchem die gewonnen Erkenntnisse aufgegriffen würden.

**Jens-Peter Nettekoven (CDU)** sagt, er habe lange darauf gewartet, dass Andreas Keith auf den eigentlich zur Diskussion stehenden Antrag eingehe. DLRG und Bäderallianz zur Berichterstattung einzuladen, halte er nicht für angezeigt, da noch im vergangenen Jahr eine Sachverständigenanhörung zum Schwimmen stattgefunden habe. Die heutigen Ausführungen würden sich sicherlich nicht signifikant von den damaligen unterscheiden. Außerdem entsprächen viele der von der Bäderallianz angeführten Aspekte wie der Dreistufenplan bereits vielerorts der gelebten Praxis.

Er wolle der AfD nicht unterstellen, mit dem Thema Politik zu machen, um Ängste zu schüren und zu suggerieren, dass die Kinder im Stich gelassen würden, allerdings sei Andreas Keith beispielsweise nicht darauf eingegangen, dass unter den angeführten 289 Badetoten auch viele alkoholisierte Erwachsene gewesen seien.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Sportausschuss

25.10.2022

2. Sitzung (öffentlich)

exn

**3 Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/268

– keine Wortbeiträge

## 4 Verschiedenes

### a) Terminplanung

**Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer** informiert, im Jahr 2023 müssten die Voten der Fachausschüsse zum Haushaltsgesetz bis spätestens zum 10. November 2023 beim Haushalts- und Finanzausschuss eingehen. Aus diesem Grund schlägt er in Absprache mit den Obleuten der Fraktionen vor, die eigentlich für den 14. November 2023 geplante Ausschusssitzung auf den 7. November 2023 vorzuziehen.

Der Ausschuss kommt überein, den für den 14. November 2023 beschlossenen Sitzungstermin auf den 7. November 2023 vorzuziehen.

### b) Ausschusstreise

Für die Legislaturperiode stehe für den Sportausschuss ein gewisses Budget für eine Reise zur Verfügung, so **Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer**. Zwar sei die Legislaturperiode noch lang, falls aber seitens des Ausschusses Interesse an einer Reise zu den quasi vor der Haustür stattfindenden Olympischen oder Paralympischen Spielen bestehe, müsste recht bald mit der Planung begonnen werden. Er rege für erste Vorüberlegungen eine Obleuterunde am Rande der kommenden Plenartage an.

gez. Bernhard Hoppe-Biermeyer  
Vorsitzender

### Anlage

16.12.2022/21.12.2022





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Tülay Durdu MdL  
Sportpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 22  
tuelay.durdu@landtag.nrw.de

[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

An  
Herrn  
Bernhard Hoppe-Biermeyer  
Vorsitzender des Sportausschusses  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

13.10.2022

### **Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 25.10.2022**

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

hiermit beantragt die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Sportausschusses am 25.10.2022.

Tagesordnungspunkt: Bericht Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“

Für das Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ des Landes Nordrhein-Westfalen standen in den Haushaltsjahren 2019 bis 2022 insgesamt circa 300 Millionen EUR zur Verfügung.

Im Programmaufruf vom 20. September 2019 steht:

„Die Landesregierung hält es gesellschaftlich für dringend geboten, die Sportorganisationen in unserem Land in die Lage zu versetzen, durch Anreize zur Modernisierung und Sanierung von Sportstätten barrierefreie, sichere und zeitgemäße Sportstätten zu schaffen. Damit können die Sportorganisationen vor Ort ihre vielfältigen gesellschaftlichen Aufgaben bedarfs- und anforderungsgerecht wahrnehmen.

Mit diesem Investitionsprogramm soll der bestehende Investitionsstau passgenau und zielgerichtet durch Zuwendungen an die Sportorganisationen spürbar gemindert werden. Durch die Schaffung einer zeitgemäßen, modernen Sportstätteninfrastruktur wird ein zentraler Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des bürgerschaftlichen Engagements, der Gesundheitsvorsorge und zur sozialen Integration in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens geleistet.

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Besonderes Förderziel der Landesregierung sind dabei Maßnahmen, die

- der Herstellung von Barrierearmut und -freiheit,
- der Nachhaltigkeit,
- der Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit,
- der digitalen Modernisierung,
- der Unfallvermeidung und -vorbeugung dienen.“

Da das Programm Ende 2022 ausläuft, bitten wir die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Sportstätten im Sinne des Programmaufrufs sind seit 2019 mit Stand Oktober 2022 gefördert worden? Wie hoch sind im Schnitt die Mittel, die pro Sportstätte bewilligt wurden? Wie viel von den angesetzten 300 Millionen Euro sind bis jetzt verausgabt worden?
2. Inwieweit sind die oben aufgeführten Förderziele erreicht worden? Wie wird der Erfolg des Förderprogramms insgesamt aber auch der Erfolg der einzelnen Förderziele gemessen? Ist eine Evaluation vorgesehen?
4. Die einzelnen Förderbescheide werden transparent veröffentlicht. Wie hoch ist der Anteil der geförderten Sportstätten an allen Sportstätten NRW? Bei wie vielen Sportstätten in NRW besteht noch ein Modernisierungsbedarf und wie hoch ist hier der Anteil der Sportstätten, die noch Förderbedarf haben?
5. Wird das Förderprogramm “Moderne Sportstätte 2022” fortgeführt? Wenn ja, in welcher Höhe und mit welchen Förderzielen? Wie sieht der Zeitplan aus?

Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL